

Die wilden 70er – Mehr Demokratie wagen



Das Video vereinigt zwei Themenschwerpunkte miteinander: zum einen die neue Innenpolitik der SPD-FDP-Koalition unter Willy Brandt, mit der mehr Demokratie in unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Feldern „gewagt“ werden sollte, zum anderen den Aufstieg der RAF aus der 68er-Bewegung heraus.

[Hier geht's zum Video auf zdf.de](#)



Fächer

Geschichte, Sozialkunde/Politik

Altersstufen

9.-10. Klasse, Oberstufe

Didaktik

Die erste Hälfte des Videos und das Arbeitsblatt 1 können eingesetzt werden, um aufzuzeigen, wie Willy Brandt auf die Politik seiner Vorgänger reagieren wollte. Mit der zweiten Hälfte können Vorgehensweise und Ziele der RAF thematisiert werden. Reformpolitik Brandts, 68er-Bewegungen und Terror der RAF sind dabei klar voneinander zu trennen.

Hinweis

Die nachfolgenden Aufgaben sind leichter zu lösen, wenn man das Video aufmerksam verfolgt (Notizen machen!) und ggf. nochmal Sequenzen wiederholend anschaut – siehe jeweilige Frage oder jeweiliger Zeitzeugenbezug. Zweitens empfehlen wir für die Recherche – neben dem Schulbuch – seriöse Internetquellen wie:

<https://www.dhm.de/lemo/> www.bpb.de www.bsta.de
www.euregeschichte.de

Das Skript zum ZDF-Video

Originalton Bundeskanzler Willy Brandt am 28. Oktober 1969: *„Wir wollen mehr Demokratie wagen.“*

Willy Brandt, 1972 wiedergewählter Kanzler der SPD, steht für eine Politik der Reformen.

Günter Grass, Schriftsteller: *„Das hat zu Veränderungen geführt, die z. B. von den Wortführern der '68er Revolution' nicht begriffen worden sind, das sind Erfolge gewesen. Das hat die Gesellschaft liberalisiert, verändert, verjüngt.“*

Originalton Willy Brandt: *„Ich fordere die jungen Menschen in Deutschland auf, mitzukämpfen, mitzuarbeiten für Reformen.“*

Doch die Forderungen der Studentenrevolte von 1968 sind noch nicht verklungen.

Daniel Cohn-Bendit, damals Studentensprecher: *„Diese sozialliberale Koalition war so unter Druck von den Konservativen, dass sie im Inneren nicht mehr Demokratie gewagt hat, sondern eine Demokratie als Bunker verstanden hat und in der Abwehr dann im Grunde genommen sich permanent von dem Anspruch, mehr Demokratie wagen, sich losgelöst hat.“*

Die Wortführer von 1968 glauben immer noch an eine grundlegende Umwälzung des Landes.

Manche Ausläufer der Studentenbewegung nehmen sich Marx oder Mao zum Vorbild. Widerstand provoziert, etwa die Spekulation mit leerstehenden Altbauten. Der Häuserkampf in Städten wie Frankfurt wird von Vordenkern der Linken zum Klassenkampf erhoben.

Originalton Joschka Fischer, Frankfurt a. M. 1973: *„Wo existiert hier in Frankfurt, wo existieren Massenbedürfnisse, die innerhalb der Sozialdemokratie nicht befriedigt werden?“*

Der „revolutionäre“ Kampf wird jedoch vorwiegend mit der Polizei ausgetragen, tatkräftig dabei auch der spätere Außenminister Joschka Fischer.

Joschka Fischer im Bundestag 2001: *„Ich habe auch Polizeibeamte geschlagen. Aber ich habe bereits 1977 erkannt, dass der Weg der Gewalt und sei es nur der limitierten Gewalt mit Prügeln gegen Polizeibeamte, mit Steinewerfen, dass dieser Weg falsch ist.“*

Matthias Beltz, Kabarettist: *„Eigentlich ab '75 war jedem im Kopf klar: Das mit der Revolution ist 'ne Träumerei, die weder im Volk noch in den Massen der Dritten Welt vorhanden ist, so wie wir es uns vorstellen. Das ist unsere eigene Privatträumerei und die kann man ja nun wirklich nicht gewalttätig oder sonst wie irgendwelchen Leuten aufzwingen.“*

Doch die terroristische RAF schlägt diesen Irrweg ein. Sie wird zum Synonym für ein Jahrzehnt im Zeichen des Terrors.

Hans Ulrich Jörges, Journalist: *„Als es richtig blutig wurde, Bombenanschläge, die Geiselnahme von Hans Martin Schleyer, schreckliche Taten, da wars vorbei, also da hat auch niemand mehr romantische Vorstellungen gehabt.“*

Der künftige Protest, der sich gegen Umweltzerstörung wendet, ist friedlich und setzt auf den Marsch durch die Institutionen. Und so finden sich manche Rebellen der siebziger Jahre schon bald auf dem Parkett der Politik wieder. Sie haben der Politik einen neuen Farbton verpasst - und werden am Ende selbst zur Zielscheibe für jugendlichen Protest.

Arbeitsblatt 1: „Wir wollen mehr Demokratie wagen“ (Sekundarstufe I)

In seiner Regierungserklärung vom 28.10.1969 sagte Bundeskanzler Willy Brandt:

„Unsere parlamentarische Demokratie hat 20 Jahre nach ihrer Gründung ihre Fähigkeit zum Wandel bewiesen und damit ihre Probe bestanden. Dies ist auch außerhalb unserer Grenzen vermerkt worden und hat unserem Staat zu neuem Vertrauen in der Welt verholfen.

Die strikte Beachtung der Formen parlamentarischer Demokratie ist selbstverständlich für politische Gemeinschaften, die seit gut 100 Jahren für die deutsche Demokratie gekämpft, sie unter schweren Opfern verteidigt und unter großen Mühen wieder aufgebaut haben. Im sachlichen Gegeneinander und im nationalen Miteinander von Regierung und Opposition ist es unsere gemeinsame Verantwortung und Aufgabe, dieser Bundesrepublik eine gute Zukunft zu sichern. Die Bundesregierung weiß, daß sie dazu der loyalen Zusammenarbeit mit den gesetzgebenden Körperschaften bedarf. Dafür bietet sie dem Deutschen Bundestag und natürlich auch dem Bundesrat ihren guten Willen an.

Unser Volk braucht wie jedes andere seine innere Ordnung. In den 70er Jahren werden wir aber in diesem Lande nur so viel Ordnung haben, wie wir an Mitverantwortung ermutigen. Solche demokratische Ordnung braucht außerordentliche Geduld im Zuhören und außerordentliche Anstrengung, sich gegenseitig zu verstehen.

Wir wollen mehr Demokratie wagen. Wir werden unsere Arbeitsweise öffnen und dem kritischen Bedürfnis nach Information Genüge tun. Wir werden darauf hinwirken, daß nicht nur durch Anhörungen im Bundestag, sondern auch durch ständige Fühlungnahme mit den repräsentativen Gruppen unseres Volkes und durch eine umfassende Unterrichtung über die Regierungspolitik jeder Bürger die Möglichkeit erhält, an der Reform von Staat und Gesellschaft mitzuwirken.

Wir wenden uns an die im Frieden nachgewachsenen Generationen, die nicht mit den Hypotheken der Älteren belastet sind und belastet werden dürfen; jene jungen Menschen, die uns beim Wort nehmen wollen – und sollen. Diese jungen Menschen müssen aber verstehen, daß auch sie gegenüber Staat und Gesellschaft Verpflichtungen haben. [...]

Mitbestimmung, Mitverantwortung in den verschiedenen Bereichen unserer Gesellschaft wird eine bewegende Kraft der kommenden Jahre sein. Wir können nicht die perfekte Demokratie schaffen. Wir wollen eine Gesellschaft, die mehr Freiheit bietet und mehr Mitverantwortung fordert.“

(Fundort: <https://dserver.bundestag.de/btp/06/06005.pdf>; Abfrage vom 04.03.2024)

1. Fasse den Inhalt der Rede von Willy Brandt vollständig zusammen.
2. Erkläre, warum Willy Brandt die Ausweitung der Demokratie als Wagnis bezeichnet.
3. Befrage Deine Großeltern, wie sie sich an die Zeit vor und nach 1969 erinnern.

Arbeitsblatt 2: Neue Innen- und Außenpolitik (Sekundarstufe I)

Im Video des ZDF sagt der Schriftsteller Günter Grass (1927-2015):

„Das [die Politik der SPD unter Willy Brandt] hat zu Veränderungen geführt, die z. B. von den Wortführern der '68er Revolution' nicht begriffen worden sind, das sind Erfolge gewesen. Das hat die Gesellschaft liberalisiert, verändert, verjüngt.“

1. Erkläre die Politik Willy Brandts aus seiner Biografie heraus.
2. Suche nach jeweils einem innen- (etwa Schulpolitik) und außenpolitischen (etwa Ostpolitik) Beispiel, welche Veränderungen nach 1969 eingetreten sind.
3. Recherchiere mit Hilfe Deines Schulbuches, was unter der „68er Revolution“ zu verstehen ist.
4. Grenze die „68er Revolution“, die Reformpolitik unter Willy Brandt und den Terror der RAF gegeneinander ab.

Zur neuen Außenpolitik sagte Willy Brandt in seiner Regierungserklärung 1969:

„Aufgabe der praktischen Politik in den jetzt vor uns liegenden Jahren ist es, die Einheit der Nation dadurch zu wahren, daß das Verhältnis zwischen den Teilen Deutschlands aus der gegenwärtigen Verkrampfung gelöst wird. Die Deutschen sind nicht nur durch ihre Sprache und ihre Geschichte – mit ihrem Glanz und Elend – verbunden; wir sind alle in Deutschland zu Haus. [...] 20 Jahre nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der DDR müssen wir ein weiteres Auseinanderleben der deutschen Nation verhindern, also versuchen, über ein geregeltes Nebeneinander zu einem Miteinander zu kommen. [...]

Die Bundesregierung [...] bietet dem Ministerrat der DDR erneut Verhandlungen beiderseits ohne Diskriminierung auf der Ebene der Regierungen an, die zu vertraglich vereinbarter Zusammenarbeit führen sollen. Eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die Bundesregierung kann nicht in Betracht kommen. Auch wenn zwei Staaten in Deutschland existieren, sind sie doch füreinander nicht Ausland; ihre Beziehungen zueinander können nur von besonderer Art sein.“

(Fundort: <https://dserver.bundestag.de/btp/06/06005.pdf>; Abfrage vom 04.03.2024)

1. Liste auf, zu welchen konkreten Verträgen die neue Außenpolitik nach 1969 führte.

Arbeitsblatt 3: Wir fangen erst richtig an (Sekundarstufe II)

In seiner Regierungserklärung am 28. Oktober 1969 führte Willy Brandt aus:

„Diese Regierung sucht das Gespräch, sie sucht kritische Partnerschaft mit allen, die Verantwortung tragen, sei es in den Kirchen, der Kunst, der Wissenschaft und der Wirtschaft oder in anderen Bereichen der Gesellschaft. Dies gilt nicht zuletzt für die Gewerkschaften, um deren vertrauensvolle Zusammenarbeit wir uns bemühen. Wir brauchen ihnen ihre überragende Bedeutung für diesen Staat, für seinen weiteren Ausbau zum sozialen Rechtsstaat nicht zu bescheinigen. [...]

Die Regierung kann in der Demokratie nur erfolgreich wirken, wenn sie getragen wird vom demokratischen Engagement der Bürger. Wir haben so wenig Bedarf an blinder Zustimmung, wie unser Volk Bedarf hat an gespreizter Würde und hoheitsvoller Distanz. Wir suchen keine Bewunderer; wir brauchen Menschen, die kritisch mitdenken, mitentscheiden und mitverantworten. Das Selbstbewusstsein dieser Regierung wird sich als Toleranz zu erkennen geben. Sie wird daher auch jene Solidarität zu schätzen wissen, die sich in Kritik äußert. Wir sind keine Erwählten; wir sind Gewählte. Deshalb suchen wir das Gespräch mit allen, die sich um diese Demokratie mühen.

Meine Damen und Herren, in den letzten Jahren haben manche in diesem Land befürchtet, die zweite deutsche Demokratie werde den Weg der ersten gehen. Ich habe dies nie geglaubt. Ich glaube dies heute weniger denn je.

Nein: Wir stehen nicht am Ende unserer Demokratie, wir fangen erst richtig an.“

(Fundort: <https://dserver.bundestag.de/btp/06/06005.pdf>; Abfrage vom 04.03.2024)

1. Fassen Sie den vorliegenden Redeauszug vollständig zusammen.
2. Erklären Sie das Verhältnis von Regierung und Volk nach dem Verständnis von Brandt.
3. „Wir fangen erst richtig an“? Erläutern Sie die Defizite, die Willy Brandt 20 Jahre nach Gründung der Bundesrepublik sieht.
4. Sind die Ziele von Willy Brandt heute erreicht? Nehmen Sie Stellung.

Autor dieses Bausteins: Dr. Ralph Erbar (Mainz)

Autorenteam: Dr. Ralph Erbar/Niko Lamprecht (AG Medien des VGD e.V., Leitung) weitere Mitglieder Dr. Helge Schröder u. Dr. Benjamin Stello)